

**abgeschlossen am
24. September 2002**

	<u>Seite</u>
1. Congress berät Irak-Resolution	1
2. Untersuchungsbericht kritisiert Sicherheitsbehörden	3
3. Senatsdebatte über ‚Homeland Security‘ festgefahren	4
4. Republikaner legen Steuersenkungen auf Eis	5
5. Auslandshilfebewilligung nimmt wichtige Hürde	6
6. Bush legt Congress neues strategisches Konzept vor	7
7. Congress-Wahlen 2002: Knappe Mehrheiten, kein klarer Trend	8

9/2002

1. Congress berät Irak-Resolution

Im Congress ist die Debatte über eine Ermächtigungsresolution für den Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak in vollem Gang, nachdem Präsident Bush die Legislative am 19. September 2002 formell um eine Autorisierung im Rahmen der Kriegsvollmachten (*War Powers*) ersucht hat.

In den Vereinigten Staaten ist

- der Präsident nach der Verfassung zwar oberster Befehlshaber der Streitkräfte (Artikel II, Abschnitt 2). Die Kriegserklärung obliegt jedoch *alleine* dem Congress, wie Artikel I, Abschnitt 8 (11) der US-Verfassung unmissverständlich festschreibt.

Die Legislative hat ihr Recht zur Kriegserklärung in der sogenannten *War Powers Resolution (Public Law 93-148)* 1973 bekräftigt. Im Kriegsvollmachtengesetz wird der Präsident angewiesen, sich mit dem Congress zu beraten, bevor er amerikanische Streitkräfte „in Kampfhandlungen oder in Situationen einsetzt, in denen sich eine unmittelbar bevorstehende Verwicklung in Kampfhandlungen aus den Umständen deutlich ergibt.“ Außerdem muss er einen Truppeneinsatz nach 60 Tagen beenden, wenn keine Kriegserklärung oder besondere Ermächtigung durch den Congress erfolgt.

Die Bush-Administration hatte eine Ermächtigungsresolution für einen Präventivkrieg gegen den Irak zunächst für nicht notwendig erachtet und argumentiert, dass sie im Rahmen der Resolution zum Golfkrieg 1991 (*Authorization for the Use of Military Force Against Iraq Resolution, Public Law 102-1*, vgl. CR 1/1991, S. 3) bereits über entsprechende Vollmachten zum Gewalteinsatz gegen Saddam Hussein verfügt.

Dass sie von dieser Position im September 2002 abrückte, hat mehrere Gründe. Zum einen haben sich einflussreiche Republikaner im Congress wie Richard G. Lugar (Ind.) und Chuck Hagel (Neb.) für eine Einbindung der Legislative in die Kriegspläne der Administration ausgesprochen. Unterstützung erhielten sie dabei von führenden republikanischen Sicherheitsexperten, wie den früheren Außenministern James M. Baker und Lawrence Eagleberger sowie Ex-Sicherheitsberater Brent Scowcroft (vgl. CR 8/2002, S. 5).

Zum anderen hat die amerikanische Öffentlichkeit offensichtlich mit zunehmender Skepsis auf den unverhohlenen Unilateralismus der Bush-Administration reagiert. Während Anfang Juli 2002 noch 61 Prozent der Befragten die Entsendung von Bodentruppen in den Irak unterstützten, lag dieser Wert einen Monat später nur noch bei 53 Prozent. Umgekehrt sprachen sich Ende August 2002 41 Prozent der breiten Öffentlichkeit gegen einen amerikanischen Militäreinsatz im Irak aus (gegenüber 31 Prozent im Juli).

Schließlich dürfte die Administration bei ihrem Positionswechsel ins Kalkül gezogen haben, dass sie im Hinblick auf die *Midterm*-Wahlen im November (vgl. Punkt 6) mit ihrer Akzentuierung der Außen- und Sicherheitspolitik die Demokraten politisch in die

Defensive drängen könnte, die nicht müde werden, wirtschafts- und sozialpolitische Themen zu betonen.

Mittlerweile scheint der Positionswechsel des Präsidenten mit Blick auf die Wahrnehmungsmuster der breiten Öffentlichkeit Früchte zu tragen. So sprachen sich in einer *CNN/USAToday/Gallup*-Umfrage vom 20.-22. September 61 Prozent der Befragten für die Entsendung von amerikanischen Bodentruppen in den Irak aus, während dies nur noch 31 Prozent ablehnten. Folgt man den Umfrageergebnissen des *Pew Research Center*, dann waren Ende August nur knapp 37 Prozent der Befragten der Auffassung, dass Bush seine Position zum Irak klar zum Ausdruck gebracht hatte, während 52 Prozent dies verneinten. Mitte September (nach der Ankündigung Bushs, dass er den Congress in seine Entscheidung einzubinden beabsichtigte) scheint sich dieser Umfragewert (wieder) gedreht zu haben. 52 Prozent der breiten Öffentlichkeit erachten die Position des Präsidenten zum Irak nun für klar und nur noch 37 Prozent äußern die gegenteilige Meinung.

Dem Präsidenten scheint es gelungen zu sein, die Irak-Agenda innenpolitisch an sich zu ziehen. Im Resolutionsentwurf an den Congress („Further Resolution on Iraq“) fordert er eine Blankovollmacht zum Einsatz „aller erforderlichen Mittel“ gegen die Bedrohung durch den Irak und zur „Sicherheit in der Region“.

Obwohl dies Erinnerungen an die Golf-von-Tonking-Resolution aus dem Jahr 1964 weckt, mit der Präsident Johnson einen bedingungslosen und unbefristeten Blankoscheck zum Einsatz militärischer Mittel in Südostasien ausgestellt bekam, der im Vietnam-Fiasko endete, bleibt die Kritik im Congress verhalten. Zwar haben im Senat einige, wenige Demokraten wie Robert C. Byrd (W.Va.) und Russell Feingold (Wis.) öffentlich vor den verfassungspolitischen Konsequenzen einer unspezifizierten Ermächtigungsresolution zum militärischen Gewalteinsatz im Nahen Osten gewarnt und auf die Eskalationsgefahren hingewiesen. Gleichwohl scheint sich der Widerstand gegen eine Ermächtigungsresolution deutlich in Grenzen zu halten, zumal, wenn eine Abstimmung noch vor den Novemberwahlen erfolgt. Zu groß scheint die Sorge bei politisch verwundbar erachteten, liberalen Demokraten wie Max Cleland (Ga.), Tom Harkin (Iowa) oder Paul Wellstone (Minn.) im Senat von ihren republikanischen Herausforderern als unpatriotisch diffamiert zu werden.

Inzwischen hat Tom Daschle (D-S.D.), *Majority Leader* im Senat, signalisiert, dass es möglichst zügig eine Abstimmung über einen Präventivkrieg gegen den Irak im Congress geben soll; wohl auch deshalb, damit die Demokraten so schnell wie möglich die von ihnen traditionell besetzten sozial- und wirtschaftspolitischen Themen auf die tagespolitische Agenda zurück bringen können. Im Januar 1991 hatten im Senat 52:47 Senatoren für einen Militäreinsatz gegen den Irak gestimmt, der im August 1990 Kuwait angegriffen und besetzt hatte. Damals stimmten nur 10 Demokraten für die Kriegsermächtigung. Das könnte dieses Mal deutlich anders sein.

2. Untersuchungsbericht kritisiert Sicherheitsbehörden

Der gemeinsame Ausschuss von Repräsentantenhaus und Senat zur Untersuchung der Arbeit der Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Terroranschläge des vergangenen Jahres (vgl. CR 6-7/ 2002, S. 9) hat Mitte September 2002 einen vorläufigen Bericht vorgelegt, der ein kritisches Licht auf die Geheimdienste und die Bundespolizei (FBI) wirft.

Der zweiteilige Bericht (vgl. http://intelligence.house.gov/committee_documents.htm) wurde in den ersten öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses von der Leiterin des Mitarbeiterstabs, Eleanor Hill, verlesen. Nach der Debatte des Berichts durch den Ausschuss kamen erstmals auch Vertreter der Angehörigen der Opfer der Terroranschläge zu Wort.

Hill betonte, dass aus Gründen der Geheimhaltung wesentliche Elemente der Untersuchungsarbeit des Ausschusses nicht in dem Bericht aufgenommen werden konnten, auch wenn diese der Öffentlichkeit teilweise bereits bekannt seien. Dennoch ließen die bisherigen Untersuchungen insbesondere zwei Problemfelder deutlich erkennen:

- die Aufarbeitung und Auswertung von Einzelinformationen über die Pläne und Aktivitäten von terroristischen Gruppen und deren Mitglieder durch die Sicherheitsbehörden haben gravierende Mängel, zumal im Austausch der Erkenntnisse zwischen den Behörden, aufgezeigt;
- die Einschätzungen eines hohen Bedrohungspotentials durch bestimmte Terrorgruppen wurden in der Prioritätensetzung und Ressourcenverteilung der Geheimdienste und des FBI nicht hinreichend berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang führt der Bericht beispielsweise an, dass bei der *National Security Administration* zwischen Mai und Juli 2001 über 30 Hinweise auf bevorstehende Anschläge eingegangen waren und konkrete Ermittlungen gegen Drahtzieher und Beteiligte der Terroranschläge nicht weiter verfolgt wurden. Wiederholt eingegangene Informationen zu geplanten Anschlägen hätten zudem Analysten zu Warnungen veranlasst, dass Flugzeuge als "Waffen" benutzt werden könnten, ohne dass hieraus jedoch Konsequenzen gezogen wurden.

Zudem weist der Bericht darauf hin, das CIA-Direktor George J. Tenet schon im Dezember 1998 intern eine "de facto Kriegserklärung" von Seiten Osama Bin Ladens und des Al-Kaida-Netzwerkes erhielt. Das auf der Führungsebene diskutierte Memorandum Tenets und dessen Schlussfolgerungen blieben jedoch selbst mit der Terrorabwehr beschäftigten Mitarbeitern unbekannt.

Ob eine bessere Kooperation der Sicherheitsdienste, der systematische Austausch und die Auswertung des Informationsmaterials eine Verhinderung der Anschläge erlaubt hätte, musste der Bericht offen lassen. Führende Vertreter beider Parteien wie die Senatoren Robert Graham (D-Fla.) und Richard C. Shelby (R-Ala.) betonten, die Mög-

lichkeit einer Verhinderung der Terrorangriffe im Vorfeld der Flugzeugentführungen sei weder auszuschließen noch zwingend zu belegen.

Einigkeit scheint jedoch über die Parteigrenzen hinweg darüber zu bestehen, dass eine weitere Untersuchung durch eine unabhängige Kommission notwendig bleibt. Dem Ausschuss werde es bis zum Abschluss seiner Arbeit im Oktober 2002 - unter anderem aufgrund der Verweigerung von Informationen auch über Kenntnisse und Anordnungen des Präsidenten - nicht gelingen, alle Aspekte aufzuarbeiten.

Das Repräsentantenhaus hat sich bereits Ende Juli (vgl. CR 8/2002, S. 9) für die Einsetzung einer entsprechenden Kommission ausgesprochen. Präsident Bush, der eine weitergehende Untersuchung der Behördenarbeit bisher strikt abgelehnt hat, ließ in Reaktion auf das veränderte Meinungsklima im Congress verlautbaren, er werde sich nicht mehr grundsätzlich gegen die Einsetzung einer Kommission wenden.

Der Senat, in dem Joseph I. Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.) eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht haben, hat sich am 24. September 2002 mit 90:8 Stimmen für die Einrichtung einer unabhängigen, zehnköpfigen Untersuchungskommission ausgesprochen, die ihre Untersuchungsergebnisse binnen eines Jahres vorlegen soll.

3. Senatsdebatte über 'Homeland Security' festgefahren

Nach der Wiederaufnahme der Debatte über die Schaffung eines Ministeriums für Nationale Sicherheit (*Department of Homeland Security*) im Senat Mitte September 2002 zeichnet sich noch immer kein tragfähiger Kompromiss in den verbliebenen strittigen Fragen ab. Obwohl über die Einrichtung und den Zuschnitt des Super-Ministeriums weitgehende Einigkeit zwischen Congress und Administration besteht, bleibt die Anwendung des öffentlichen Dienstrechts auf die Mitarbeiter der neuen Behörde der zentrale Streitpunkt (vgl. CR 8/2002, S. 7).

Während Präsident Bush aus Sicherheitsgründen auf höhere Flexibilität im Einsatz und der Bezahlung der Behördenmitarbeiter drängt, will die demokratische Mehrheit keine über die bereits bestehenden Regelungen hinausgehenden Ausnahmen zulassen.

Ein Kompromissvorschlag der Demokraten, der dem Präsidenten die geforderte Flexibilität eingeräumt, den Mitarbeitern jedoch die Möglichkeit zugestanden hätte, die *Federal Labor Relations Authority* als Schlichtungsstelle anzurufen, wurde von den Republikanern verworfen.

Ein Gegenvorschlag der Senatoren Phil Gramm (R-Tx.) und Zell Miller (D-Ga.), den Präsidenten bei der Suspendierung von Arbeitnehmerschutzrechten oder Gewerkschaftsvereinbarungen zur Unterrichtung des Congress zu verpflichten, stieß bei der Mehrheit der Demokraten auf wenig Resonanz.

Befürworter und Gegner der Einschränkung des öffentlichen Dienstrechts scheinen gegenwärtig in etwa über eine gleiche Zahl von Stimmen zu verfügen. Allerdings gelten einige Senatoren vom linken Flügel der Republikanischen Partei wie Lincoln D. Chafee (R.I.) als potentielle Unterstützer der demokratischen Vorlage.

Freilich müsste die Gesetzesvorlage des Senats auch vom Repräsentantenhaus angenommen werden. Die Kammer hat aber schon im Juli mit breiter Mehrheit eine eigene Gesetzesvorlage verabschiedet, die wiederum der Administration in den entscheidenden Punkten entgegen kommt.

Präsident Bush hat in einer Rede in Trenton, New Jersey erneut deutlich gemacht, dass er zu keinen Kompromissen in den strittigen Fragen bereit ist und gegebenenfalls ein Veto gegen das Gesetz einlegen will.

Beide Seiten setzen nun offensichtlich darauf, dass die jeweils andere angesichts der näherrückenden Wahlen im November einlenken wird.

4. Republikaner legen neue Steuersenkungen auf Eis

Die republikanische Führung des Repräsentantenhauses hat Mitte September 2002 Pläne, noch in der laufenden Sitzungsperiode neue Vorschläge für Steuersenkungen vorzulegen, aufgegeben.

Präsident Bush hatte im Anschluss an ein von der Administration im August 2002 in Crawford, Texas abgehaltenes Forum zur Wirtschaftslage weitere Steuererleichterungen zur Stärkung der angeschlagenen Konjunktur ins Gespräch gebracht.

Die Ausrichtung der neuen Steuersenkungspläne sollte die bereits 2001 beschlossenen Steuerkürzungen fortschreiben.

Im Vordergrund sollten dabei weitere Steuerentlastungen für Investoren/Anleger stehen, und zwar durch

- Senkung der Steuern auf Dividenden und Veräußerungsgewinne,
- verbesserte Möglichkeiten, Verluste steuermindernd geltend zu machen,
- Anhebung der geltenden Obergrenzen für Einlagen in Pensionskassen, also die Erhöhung jener Summe, die eingezahlt werden kann und dann nicht der Einkommenssteuer unterliegt.

Die Republikaner sahen in den Vorschlägen des Präsidenten auch eine Möglichkeit, mit Blick auf die anstehenden Congress-Wahlen im November, ihre wirtschaftspolitische Kompetenz herauszustreichen und Besorgnisse der Bevölkerung über die Entwicklung der Wirtschaft aufzugreifen.

Doch nicht nur der vorhersehbare Widerstand der Demokraten, die im Senat die Mehrheit stellen und damit die Behandlung von Gesetzesvorlagen blockieren können, ließen die Republikaner von ihrem Vorhaben abrücken.

Auch in der republikanischen Administration selbst gibt es warnende Stimmen, die angesichts der verschlechterten Haushaltslage (vgl. CR 8/2002, S. 10) zusätzliche Einnahmeausfälle des Bundes für problematisch halten.

Mitchell E. Daniels Jr., der Leiter des *Office of Management and Budget* (OMB) betonte, Präsident und Administration arbeiteten an Vorschlägen, die ökonomisch effektiv, politisch durchsetzbar und fiskalisch verantwortlich sein sollten. Dies benötige jedoch noch etwas Zeit.

5. Auslandshilfebewilligung nimmt wichtige Hürde

Im Repräsentantenhaus hat sich das *Committee on Appropriations* im Rahmen seiner Bewilligung des Auslandshilfeetats 2003 am 19. September 2002 für ein Haushaltsvolumen von 16,54 Mrd. USD ausgesprochen.

Das entspricht einer geringfügigen Mittelerhöhung um 78,67 Mio. USD gegenüber der ursprünglichen Anforderung des Präsidenten, die vor allem der weltweiten Bekämpfung des HIV-Virus zugute kommen soll.

Die Vorlage des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus deckt sich in der Mittelausstattung im Großen und Ganzen mit der entsprechenden Vorlage des *Senate Appropriations Committee*, die Ausgaben in Höhe von 16,4 Mrd. USD vorsieht.

Nun müssen noch die beiden Kammern entscheiden, bevor der Vermittlungsausschuss seine Arbeit aufnehmen kann. Dort dürfte insbesondere das von Präsident Bush per *executive order* verfügte Verbot der finanziellen Unterstützung international arbeitender Geburtenkontroll-Organisationen zu politischen Differenzen führen.

Während sich der von den Demokraten mehrheitlich kontrollierte Senatsausschuss dafür ausgesprochen hat, dieses Verbot, das schon einmal während der Präsidentschaft Ronald Reagans verfügt wurde, zu revidieren, geht die Ausschussvorlage des mehrheitlich von den Republikanern kontrollierten Repräsentantenhauses auf die Problematik überhaupt nicht ein. Hier sind es vor allem der religiösen Rechten nahestehende Abtreibungsgegner wie Christopher H. Smith (R-N.J.), die Bushs restriktive Politik mit Blick auf internationale Programme zur Familienplanung vehement unterstützen, so dass ein Konflikt zwischen den Kammern programmiert scheint.

6. Bush legt Congress neues strategisches Konzept vor

Präsident Bush hat dem Congress am 20. September 2002 seinen mit Spannung erwarteten ersten Bericht zur Sicherheitsstrategie vorgelegt. Er trägt den Titel „The National Security Strategy of the United States“ und fasst die Grundlinien der amerikanischen Politik im Angesicht der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in einem 31-seitigen Dokument zusammen. Die Administration plädiert für einen „distinctly American internationalism“, der den klassischen Entwürfen der Abschreckung, wie sie die amerikanische Weltpolitik seit mehr als fünf Jahrzehnten angeleitet haben, eine dezidierte Absage erteilt, weil Abschreckung nur gegenüber status quo orientierten risikoaversen Gegnern eine effektive Verteidigung ermöglicht.

Stattdessen propagiert die Bush-Administration eine „proaktive“ Vorgehensweise, bei der sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, präventiv zu handeln. Im neuen sicherheitspolitischen Umfeld nach dem 11. September müssten die USA sich darauf vorbereiten, sogenannte Schurkenstaaten (*rogue states*) und die mit ihnen verbündeten, global operierenden terroristischen Organisationen, die die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten bedrohen, vorbeugend entwaffnen zu können.

Zur Begründung wird angeführt, dass „traditionelle Konzepte der Abschreckung“ gegen terroristisch motivierte Aggressoren und Schurkenstaaten wie den Irak und Nordkorea, die entschlossen seien, Massenvernichtungswaffen zu erwerben, nichts nützen. Nicht Eindämmung, sondern Prävention müsse ins Zentrum der nationalen Sicherheitsstrategie rücken, denn die „beste Verteidigung ist eine gute Offensivfähigkeit“, so eine Formulierung von Verteidigungsminister Rumsfeld, die in das Dokument übernommen wurde.

Damit verbunden ist die Vorstellung von uneingeschränkter militärischer Überlegenheit der Vereinigten Staaten, um jeden Aggressor, gleich ob es ein staatlicher oder nicht-staatlicher Akteur ist, besiegen zu können. Gleichzeitig wird der klassischen Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungspolitik eine Absage erteilt, weil sie bei der Einhegung der Proliferation von atomaren, biologischen und nuklearen Waffen durch *rogue states* versagt hat.

Das Dokument betont das Recht zum Präventivkrieg der USA auf der Basis eines antizipatorischen Selbstverteidigungsrechts der USA und ihrer Alliierten, auch wenn dies dem unmissverständlichen Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen zuwiderläuft. Es kodifiziert aus dieser Perspektive die Vision einer neuen Weltordnung, in der die Stabilität des internationalen Systems unmissverständlich an „unprecedented – and unequalled – strength and influence“ der USA gekoppelt wird.

7. Congress-Wahlen 2002: Knappe Mehrheiten, kein klarer Trend

Die Congress-Wahlen Anfang November 2002 (*Midterm Elections*) versprechen angesichts der knappen Mehrheiten der Demokraten im Senat und der Republikaner im Repräsentantenhaus erneut eine spannende Auseinandersetzung um die Kontrolle der Legislative. Da sich bisher kein eindeutiger Trend zugunsten einer der beiden Parteien abzeichnet, könnte die Entscheidung wie schon im Jahr 2000 (vgl. CR 9-2000, S. 6) bis zum Wahltag offen bleiben.

Die Wähler und Wählerinnen entscheiden am 5. November über alle 435 Abgeordnetenmandate sowie 34 Senatssitze. Daneben finden 23 Gouverneurswahlen sowie weitere einzelstaatliche und lokale Wahlen statt.

Sitzverteilung im 107. Congress			
Stand Ende September 2002			
	Republikaner	Demokraten	Unabhängige
Repräsentantenhaus*	223	209	1
Senat	49	50	1

*Vakant: 3. Distrikt (Ohio), 17. Distrikt (Ohio)

Im Repräsentantenhaus genügt den Demokraten ein Zugewinn von 7 Mandaten, um zusammen mit dem unabhängigen Abgeordneten Bernie Sanders (*Democratic Socialist-Vt.*), die Kontrolle über die Kammer zu erlangen, bzw. von 8 Mandaten, um die Mehrheit zu erreichen. Umgekehrt reichen den Republikanern im Senat 2 zusätzliche Sitze, um die Mehrheit zu stellen. Bei einem zusätzlichen Sitz könnten sie mit Hilfe des bei Stimmgleichstand abstimmungsberechtigten Vizepräsidenten die Geschäftsführung übernehmen.

In den *Midterm Elections* (die Wahlen in der Mitte der Amtszeit des Präsidenten) gilt historisch als eiserne Regel, dass die Partei, die den Präsidenten stellt, insbesondere im Repräsentantenhaus (aber zumeist auch im Senat) Sitze verliert. Fraglich bleibt allein die Höhe der Verluste der Partei des Präsidenten, die im Normalfall zwischen 20 und 50 Abgeordnetenmandaten, beziehungsweise 3 bis 10 Senatssitzen schwankt, was aller Erfahrung nach vor allem von der wirtschaftlichen Situation und der Popularität des jeweiligen Amtsinhabers abhängig ist.

Die enge Verzahnung der politischen Schicksale von Präsident und Congress hat sich seit den 1980er Jahren jedoch zusehends aufgelockert. Die durchschnittlichen Verluste der Partei des Präsidenten in den *Midterm Elections* sind ebenso merklich zurückgegangen wie die zuvor regelmäßigen Zugewinne der Partei des Amtsinhabers im Weißen Haus in den Präsidentschaftswahljahren.

Die Demokraten erzielten vor dem Hintergrund der unpopulären Amtsanklage der republikanischen Congress-Mehrheiten gegen Präsident Bill Clinton in den Wahlen zum Repräsentantenhaus 1998 sogar leichte Zugewinne. Umgekehrt wurden sowohl George H. W. Bush (1988), Bill Clinton (1992) und George W. Bush (2000) gewählt, ohne dass ihre Parteien Zugewinne im Congress verbuchen konnten.

Unter den veränderten Rahmenbedingungen bestimmt zunehmend eine Kombination von nationalen politischen Trends und den Dynamiken der einzelstaatlichen und lokalen Wahlkämpfe den Ausgang der Congress-Wahlen in beiden Kammern. Bundespolitische Stimmungen und die Qualitäten der Kandidaten der Parteien in den Staaten und Distrikten wirken in einer häufig nur schwer abschätzbaren Weise zusammen.

In der Bundespolitik konkurrieren gegenwärtig zwei dominante Trends, die im Zusammenspiel ein parteipolitisch neutrales Meinungsklima erzeugen. Auf der einen Seite weckt die anhaltende Konjunkturschwäche der US-amerikanischen Wirtschaft breite Besorgnisse in der Bevölkerung. Die Wahlkampfstrategie der Demokraten setzt entsprechend darauf, den Wählerunmut mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen anzusprechen.

Auf der anderen Seite beeinflussen der *War on Terrorism* und die wachsenden Spannungen zwischen den USA und dem Irak stark die Prioritätensetzung der Öffentlichkeit (siehe Punkt 1). Die Republikaner versuchen die hohe Bedeutung von außen- und sicherheitspolitischen Themen, in denen die Wählerschaft ihnen einen Kompetenzvorsprung zumisst, für ihre Kampagnen zu nutzen.

Meinungsumfragen auf Bundesebene, die nicht nach den einzelnen Kandidaten, sondern nach Parteipräferenzen fragen (*generic polls*) weisen darauf hin, dass die Erfolge beider Strategien aktuell in einem Patt resultieren. Während die Umfragen einiger Institute leichte Vorteile für die Demokraten andeuten, zeigen die anderer Organisationen einen anhaltenden Vorsprung der Republikaner. Die Differenzen bewegen sich dabei zumeist im Bereich der Fehlermargen der Umfragen und sind mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse von geringem Aussagewert.

Einschätzungen auf der Basis von Analysen der Einzelwahlkämpfe in Bundesstaaten (Senat) und Wahlkreisen (Repräsentantenhaus) legen eine ähnliche Beurteilung der aktuellen Situation nahe. So gehen die Wahlbeobachter des *Congressional Quarterly* davon aus, dass nur ca. 40-50 Repräsentantenhausdistrikte ernsthaft umkämpft sind. Die Demokraten müssten in nahezu 2/3 dieser Congress-Distrikte gewinnen, um in der kommenden Legislaturperiode die Mehrheit zu stellen. In der Favoritenrolle sind die

demokratischen Kandidaten jedoch nur in ca. 15 Wahlkreisen. Den Republikanern genügt dagegen ein Sieg in knapp 20 der kompetitiven Distrikte.

Günstiger für die Demokraten stellt sich im Vergleich die Situation in den Senatswahlen dar. Die Republikaner müssen 20 Sitze verteidigen, die Demokraten nur 14. Die Riege der republikanischen Kandidaten ist zudem durch das Ausscheiden prominenter Senatoren wie Phil Gramm (Tx.), Jesse Helms (N.C.) und Strom Thurmond (S.C.) geschwächt. Robert C. Smith (N.H.), der in den Präsidentschaftswahlen 2000 als unabhängiger Kandidat angetreten war, wurde in den republikanischen Vorwahlen nicht wieder nominiert.

Allerdings gelten eine Reihe demokratischer Senatoren, vor allem die Exponenten des linken Flügels wie Tom Harkin (Iowa) und Paul Wellstone (Minn.), als verwundbar. Die Kampagne von Robert G. Torricelli (N.J.) ist zudem in Folge einer Rüge durch den Ethikausschuss des Senats, der die Nichtmeldung von Geschenken an den Senator kritisiert, in Schwierigkeiten geraten. Insgesamt würde den Demokraten ein Sieg in der Hälfte der knapp ein Dutzend Staaten genügen, in denen die laufenden Wahlkämpfe als kompetitiv eingeschätzt werden, um die Mehrheit im Senat zu behaupten.

Das bisherige Ausbleiben eines nationalen Trends zugunsten einer der Parteien legt im Zusammenspiel mit den Einschätzungen der Wahlkämpfe in den einzelnen Staaten und Distrikten nahe, dass die Fortschreibung des Status quo die wahrscheinlichste Variante ist. Die geringe Beteiligung in den Vorwahlen zur Nominierung der Kandidaten deutet zudem auf gute Aussichten für die zur Wiederwahl antretenden Amtsinhaber (*incumbents*) hin.

Allerdings sind die Congress-Wahlkämpfe bisher kaum in Gang gekommen und angesichts der knappen Mehrheiten in beiden Kammern können bereits kleine Veränderungen im politischen Umfeld weitreichende Folgen nach sich ziehen. Sowohl die wenig positive Wirtschaftsentwicklung wie die mögliche Verschärfung der internationalen Spannungen bergen zudem hinreichenden politischen Zündstoff, um für Überraschungen zu sorgen.